

Angela Davis im Interview: "Obamas Politik eröffnet neue Perspektiven"

Interview: Martin Wachtelborn, André Böhmer und Thomas Mayer

LVZ online vom 23. Juni 2010



Foto: Wolfgang Zeyen Angela Davis bei ihrem Besuch in Leipzig Leipzig.

Die frühere US-Bürgerrechtlerin und Kommunistin Angela Davis, die gut 28 Jahre nach der Protestaktion für ihre Freilassung und dem DDR-Besuch in Berlin, Leipzig sowie Magdeburg zu Gast war, fordert von Präsident Barack Obama mehr Engagement für die Guantánamo-Schließung und bessere Bildungschancen in Amerika.

Frage: Sie studierten 1965 in Frankfurt/Main. Welchen Blick hatten Sie damals von dort auf die DDR?

Angela Davis: Ich war mir der Entwicklungen in der DDR bewusst. Einmal reiste ich auch dorthin, als Freunde aus der Kommunistischen Partei der USA beim Zentralkomitee zu Gast waren. Mein Besuch in Ost-Berlin hatte aber auch einen anderen Grund: Die Bücher dort kosteten nur einen Bruchteil der Preise im Westen. Und das wollte ich natürlich ausnutzen und habe mir Werke von Marx und Engels mitgebracht.

Wie haben Sie in den USA die Umwälzung in der DDR 1989 wahrgenommen?

Als Mitglied der Kommunisten habe ich genau verfolgt, was vor sich ging in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten. Natürlich war es bewegend zu sehen, dass die Menschen sich nun frei bewegen konnten. Aber vieles positive, was die DDR auch ausgemacht hatte, etwa bei der Beschäftigung oder beim Sozialwesen, ging verloren.

Haben Sie die Entwicklung im Osten in den vergangenen 20 Jahren verfolgt?

Nicht im Detail. Anfangs war ich noch Mitglied der Kommunisten, ab 1991 aber nicht mehr. Die Gründe dafür waren die Enthüllungen über die früheren sozialistischen Regierungen, aber auch über Vorgänge in meiner Partei in den USA. Deren Führung ließ sich nicht in demokratische Strukturen überführen. Zwei Mal war ich in Ostdeutschland: 2003, als die Asche des Philosophen Herbert Marcuse in Berlin in ein Ehrengrab überführt wurde. Und 2005 sprach ich bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz.

Welche Erklärung haben Sie dafür, dass das sozialistische Weltsystem innerhalb kürzester Zeit zusammenbrach?

Der realexistierende Sozialismus hatte unbestritten große Probleme. Vor allem ist es nie gelungen, wirtschaftliche und politische Demokratie zu schaffen. Und das starke Verlangen danach gab es in jedem der Länder.

Sie fordern, sich auf die Errungenschaften der sozialistischen Gemeinschaft zu besinnen. Welche meinen Sie?

Aus US-Sicht etwa ein Gesundheitssystem, welches jedem medizinische Versorgung gewährt. Die kostenlosen Systeme waren eine der großen Leistungen des Sozialismus. Kuba, eines der letzten sozialistischen Experimente, hat das beste Gesundheitswesen ganz Lateinamerikas. Ein weiterer Punkt ist der Zugang zu Bildung. Ich

lebe in Kalifornien, wo es einst das landesweit beste öffentliche System gab, sich Menschen aber heute kaum noch die Uni-Gebühren leisten können.

Welche Rolle spielt die Friedensbewegung im heutigen Amerika?

Es gibt viele wichtige Kampagnen. Etwa die für den zum Tode verurteilten Mumia Abu-Jamal. Leider muss ich sagen, dass es außerhalb der USA mehr Unterstützung für ihn gibt. Wachsendes Engagement gibt es auch gegen die wachsende Gefängniswesen-Industrie. Ebenso gegen den Anti-Terror-Kampf und die globale Kapitalverteilung.

Nimmt das politische Engagement von Studenten in den USA wieder zu?

Es bilden sich neue Bewegungen, etwa zum öffentlichen Bildungssystem und dessen steigenden Kosten. In Kalifornien und auch landesweit gab es im März zahlreiche Protestmärsche. Andere Studenten richten sich gegen die, wie sie es nennen, israelische Apartheid, insbesondere nach dem Flotten-Zwischenfall vor Gaza. Das Engagement für die Palästinenser könnte sich ähnlich der Anti-Apartheid-Kampagne gegen Südafrika entwickeln.

Wie schätzen Sie die Rolle ein, die die USA international gegenwärtig spielen?

Durch die Wahl Barack Obamas scheint ein positiveres Auftreten möglich. In den vergangenen zehn Jahren dominierte leider der Anti-Terror-Kampf, inklusive des Einmarsches in andere Länder. Diese einseitige Rolle wird durch die Obama-Regierung in Frage gestellt. Es gibt Beispiele, anderen Ländern gleichberechtigt zu begegnen. Dazu kommen die Vorstöße für bessere Beziehungen zur islamischen Welt. Obamas Politik eröffnet neue Perspektiven. Aber es fehlt der öffentliche Druck, noch weiter zu gehen. Ein Beispiel dafür ist das Vorgehen in Afghanistan.

In welchen anderen Bereichen müsste Obama noch weiter gehen?

Guantánamo muss unbedingt geschlossen werden. Mehr Engagement ist auch bei der Bildung nötig. Gleiches gilt für die Gefängniswesen-Industrie. Obama hat noch nicht begriffen, welche schwerwiegenden Folgen die hohe Inhaftierungsrate hat, die höher liegt als zu Beginn der Bürgerrechtsbewegung. Heute kontrolliert das Gefängniswesen mehr Schwarze als zu Zeiten der Sklaverei.

Hat Obama die Erwartungen erfüllt, die insbesondere die schwarze Bevölkerung an ihn hatte?

Jeder hatte sie, überall in der Welt. Selbst die realistischsten unter uns. Doch statt enttäuschten Erwartungen nachzuhängen, sollten wir umso mehr den Moment seiner Wahl in Erinnerung behalten, der die Welt im Wunsch nach einer besseren Zukunft einte. Die aber kann Obama nicht schaffen, das müssen wir selbst tun. Es war vielleicht naiv, all die Wünsche auf eine Person zu übertragen. Aber die Wünsche selbst stehen für eine mögliche bessere Zukunft.

Wie stark hat die Ölkatastrophe die US-amerikanische Gesellschaft getroffen?

Ohne Frage ist es die größte Umweltkatastrophe unserer Geschichte. Für viele wurde deutlich, dass der Erhalt der Umwelt über allem anderen stehen muss. Dem entsetzlichen Schaden für die Anwohner, für die Tierwelt stehen die Lügen von BP und das Missmanagement des Konzerns gegenüber. Die Katastrophe ist ein klares Zeichen, die Ölförderung auf See zu stoppen. Obama, der zuletzt die küstennahe Förderung unterstützte, will nun Untersuchungen abwarten. Viele haben erkannt, dass eine Lösung für die Abhängigkeit von Öl gefunden werden muss.

Wird die Katastrophe eine Wende in der Energiepolitik zur Folge haben?

Das wird hoffentlich so sein, dass muss so sein. Für mich ist es undenkbar, nach dieser ungeheuren Katastrophe so weiterzumachen wie bisher.

Die Ölpest ist nach der Flut von New Orleans die zweite große Katastrophe der vergangenen Jahre im Süden der USA. Wie wird dieses Mal die Reaktion der Regierung eingeschätzt?

Obama reagierte sensibler als es Bush damals getan hat, obwohl beides nicht miteinander vergleichbar ist. Inzwischen ist Obama auch mehrmals in der Golf-Region gewesen. Aber selbst er wurde von BP getäuscht. Das Unternehmen hatte zum Beispiel per Bus jede Menge Mitarbeiter herangekarrt, die während des Präsidenten-Besuches die Strände säuberten. Kaum war Obama weg, bekamen die Leute ihr Geld und wurden wieder weggebracht. Es ist weniger eine Frage, wie die Regierung reagiert, sondern welchen Regulierungen die Großkonzerne unterliegen.

Wird die jüngste Hinrichtung durch ein Erschießungskommando die Meinung zur Todesstrafe in den USA ändern?

Um die Einstellungen zur Todesstrafe zu verändern, ist noch eine Menge Arbeit nötig. Es ist nicht zu verstehen, dass sie in den USA noch immer verhängt wird. Viele waren überrascht, dass es in einigen Bundesstaaten noch immer Erschießungskommandos gibt. Die Todesstrafe ist eine überkommene Form der Bestrafung.

Wie stark ist der Rassismus in den USA in der heutigen Zeit noch ausgeprägt?

Der aktuelle, auf den Strukturen basierende Rassismus birgt größere Gefahren als jemals zuvor. Obwohl die institutionell verankerte Rassentrennung überwunden ist, zeigt sich der Rassismus weiter in der Wirtschaft, im Bildungssystem und im Gefängniswesen. Die Hautfarbe bestimmt, wer ins Gefängnis geht und wer an die Uni. Etwa 70 Prozent der 2,4 Millionen Inhaftierten in den USA sind anderer ethnischer Herkunft als weiße Amerikaner.

Also bestimmen vor allem Bildungschancen und Beschäftigungszugang das Ausmaß von Rassismus - weniger persönliche Meinungen?

Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel geben. Als es die Proteste gegen Benachteiligung im Bildungssystem gab, ereigneten sich auch eine Reihe rassistischer Vorfälle. An der University of California in San Diego etwa hatte eine Verbindung von Weißen zu einer Party auf dem Campus eingeladen - jeder sollte sich anziehen wie ein Schwarzer aus einem Ghetto. Dieser Vorfall löste heftige Reaktionen aus, auch weil das Wort Nigger benutzt wurde. Weil es in der Uni und auf dem Campus eigentlich kaum Schwarze gibt, waren viele Studenten umso mehr von dem Vorfall irritiert. Gerade dadurch, dass eine Gruppe von Menschen aus einer bestimmten Situation ausgeschlossen wird, entsteht ein entsprechendes Umfeld. Die Strukturen sind es also, die die Einstellungen beeinflussen. Viele sehen den Ausweg nach rassistischen Vorfällen darin, die entsprechenden Personen in Kurse zu schicken. Dort lernen sie, keine entsprechenden Äußerungen mehr zu machen. Der Rassismus in den Strukturen existiert jedoch weiterhin. Und er ist ausgeprägter als er es zu Zeiten der Bürgerrechtsbewegung war.

Sie unterrichten weiterhin als Professorin an der University of California. Wissen alle Studenten, wer Sie sind?

Klar, die kennen meine Vergangenheit. Aber wenn wir mit der normalen Arbeit beginnen, vergessen die Studenten das alles ganz schnell. Dann muss ich sie genauso dazu bewegen wie andere Hochschullehrer auch.